

ABHANDLUNGEN

Gegnerische Kriegsziele

* * *¹⁾

England hat uns vor zwei Jahren für seinen Kriegseintritt keine andere Erklärung abgegeben, als daß es Polen helfen müsse. Dazu sei es vertraglich verpflichtet. Deutschland habe Polen gewaltsam angegriffen und bedrohe dessen Unabhängigkeit. Dieses sei casus foederis.

Ist nun England aus Bündnistreue oder Liebe für Polen in den Krieg eingetreten? Oder wofür sonst?

Nach dem deutschen Marsch auf Prag wurde es ja jedem klar, daß England unserem Vorrücken in Europa nunmehr einen Riegel vorschieben wollte. Beim nächsten Schritt würde es zuschlagen. Nur so und nicht anders war die Regierungserklärung vom 31. März 1939 im Unterhaus zu verstehen. Bekanntlich gehört es als fester Bestandteil zur britischen Regierungskunst, sich nie ganz zu binden. Damals aber band England seine Entschlüsse an diejenigen Polens. Und zwar bestimmt nicht aus Liebe zu Polen. Diese Auffassung ist keine willkürliche. Der Britische Botschafter hat sie im Sommer 1939 wiederholt bestätigt.

Frankreich hatte seinerseits im Winter 1938/39 die polnische Freundschaft schon halb abgeschrieben. Es war im Begriff, sich auf seinen westeuropäisch-afrikanischen Besitz zurückzuziehen, und folgte nach unserem Marsch auf Prag zunächst nur zögernd dem britischen Beispiel.

Noch 14 Tage vor Kriegsausbruch hat der letzte Französische Botschafter in einem amtlichen Gespräch die Treue zu Polen gewissermaßen entschuldigend damit erklärt, Frankreich könne Polen nicht fallen lassen, denn sonst komme es später selbst an die Reihe, und auf das Niveau von Belgien oder Holland wünsche Frankreich eben nicht herabzusinken. Im Gegensatz zu England dachte Frankreich also defensiv. Offiziell hat uns Frankreich seinen Kriegseintritt auch nur mit seiner Bündnispflicht zu Polen begründet. Vor der Öffentlichkeit aber fügten Lebrun und Daladier hinzu, es handle sich zugleich um Frankreichs Sicherheit und Frankreichs Lebensinteressen.

¹⁾ Wiedergabe eines im Oktober 1941 gehaltenen Vortrages.

Chamberlain schob in seiner Unterhauserklärung bei Kriegsbeginn auch das Bündnisverhältnis zu Polen in den Vordergrund und redete von einem wieder zu errichtenden freien Europa. Dann aber erklärte er, solange es ein Nazi-Regime mit seinen Methoden gebe, werde Europa friedlos sein. Diesen Methoden wolle England ein Ende setzen. Er hoffe den Tag noch zu erleben, wo der Hitlerismus vernichtet sei.

Weder Engländer noch Franzosen sprachen in diesem entscheidenden Moment von der Rettung des status quo in Polen. Frankreich, dem es schwül ist, wünscht das europäische Gleichgewicht zu retten. England trachtet nach einem vernichtenden Schlag gegen das Dritte Reich.

Hier haben wir bereits in nuce die gegnerischen Kriegsziele vom Herbst 1939.

Eigentlich könnte die Darstellung hiermit schließen. Denn sehr viel Neues ist seither unseren Gegnern nicht mehr eingefallen. Im Gegenteil, das offizielle England kehrt immer wieder zu diesem Ausgangspunkt zurück. Militärische Mißerfolge dämpfen die britische Diktion nur vorübergehend.

Hiervon kurz einige Proben:

Unter dem Eindruck der polnischen Niederlage und nach dem Friedensangebot des Führers vom 6. Oktober 1939 — worin ja noch ein Restpolen vorgesehen war — sagt Chamberlain, der kommende Friede müsse ein »gefesselter Friede« sein. Effektive Garantien seien nötig, auf Hitler's Wort allein sei kein Verlaß. — Von einer Beseitigung des Hitlerismus ist damals nicht die Rede.

Ende November 1939 stellt Chamberlain allgemeinere Kriegsziele auf. Ein neues Europa müsse kommen. Die Grenzen bedürften keiner großen Änderung. Man müsse abrüsten auf das Maß der inneren Sicherheit; jedes Land möge seine Regierung nach eigener Wahl bilden, »so weit sie nicht den Nachbarn störe«.

Diese gedämpfteren Töne verschwinden dann mit Chamberlain im Mai 1940.

Der neue Premierminister Churchill spricht von vornherein nur wieder vom Zerschlagen der Barbarei von Nazi-Deutschland.

Auf den Appell des Führers an die Vernunft in England vom 19. Juli 1940 läßt er Halifax erwidern, Hitler sei der Antichrist, er dürfe nicht siegen, England denke für Europa an einen freiwilligen Zusammenschluß unabhängiger Staaten.

Einen Monat später sagt Churchill, die Tschechen, Polen, Norweger, Belgier und Holländer, sowie das Frankreich de Gaulle's, sie alle sollen auferstehen. Über die zukünftige Form Europas wolle er nichts weiter aussagen. Vor dem Neuaufbau des freien Europa würden die Nazis zerschmettert sein.

Ähnlich im September und Oktober 1940. Es folgen Monate, in welchen die Britische Regierung sich hartnäckig weigert, Kriegsziele überhaupt zu nennen. Vielleicht nicht sehr geistreich, aber einfach sagt sie, ihr Kriegsziel sei, den Krieg zu gewinnen. Über Friedensziele könne man später sprechen.

Zu Weihnachten 1940 wendet sich Churchill der Abwechslung halber an die Italiener mit dem Appell, Mussolini zu verlassen und dem Haus Savoyen zu folgen.

Nun kommt eine ½-jährige Periode, wo Churchill fast nur militärisch redet. Er ist mit unseren Siegen am Balkan und im östlichen Mittelmeer beschäftigt. Andere Kabinettsmitglieder wie Morrison, Lord Lloyd und Nicolson läßt er inzwischen einige mildere Phrasen machen. Attlee darf sich öffentlich gegen einen Diktat-Frieden wenden. Halifax, jetzt Botschafter in Amerika, spricht etwas deutlicher.

Am 22. Juni 1941 aber, dem Tag des Ausbruchs des russischen Krieges, erscheint Churchill wieder auf dem Plan: wir wollen Hitler und jeden Rest des Nazi-Regimes vernichten. Wir werden nie mit Hitler oder jemandem seiner Gruppe verhandeln.

Und Eden vollends sagt im Juli 1941 im Namen der Regierung: »Wir sind unter keinen Umständen und zu keiner Zeit bereit, mit Hitler über irgend eine Angelegenheit zu verhandeln«. Ein anderes Mal: »Man muß dem deutschen Volk beibringen, alles das zu verlernen, was nicht nur Hitler, sondern seine Vorgänger in den letzten 100 Jahren gelehrt haben«. Hitler sei kein vorübergehendes Phänomen in der deutschen Geschichte.

Dieser Querschnitt durch zwei Jahre genügt. Er zeigt, wie die Britische Regierung beharrlich einer klaren Definition ihrer Kriegsziele ausweicht. Sie verspricht nicht einmal den von Deutschland eroberten Gebieten eindeutig die Wiederherstellung des alten Zustandes. Sie macht verschwommene Redensarten über ein freies europäisches Staatensystem. Nur im Negativen ist sie deutlich. Sie kehrt zu dem Ausgangspunkt von Chamberlain zurück: keinen Frieden mit dem Nazismus.

Mitte August 1941 passiert nun etwas Neues. Als das Gerücht von einer Zusammenkunft Churchill's und Roosevelt's sich verdichtete, konnte man eine programmatische Kundgebung erwarten. Sie erschien in den 8 Punkten der Atlantik-Erklärung. Diese Punkte sind bekannt. Sie sollen hier nur kurz erörtert werden.

England und Amerika erklären:

Punkt 1: Sie streben nicht nach territorialem oder sonstigem Machtzuwachs — im Munde der Besitzenden hat das nicht viel zu sagen.

Punkt 2: Sie wünschen keine Gebietsveränderungen, die nicht von den betreffenden Völkern selbst gebilligt werden — also eine neue Auf-

lage des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Unklar bleibt dabei nur, welche Völker zur Selbstbestimmung aufgerufen werden sollen und von wem. Ohne weiteres ist anzunehmen, daß die Redakteure dieses Punktes daran dachten, alle europäischen Territorialveränderungen der letzten Jahre rückgängig zu machen. Daß der Gedanke dabei mitspielt, die Ostmark wegen ihrer Zugehörigkeit zu befragen, hat Churchill später zugegeben.

Punkt 3: Alle Völker sollen ihre Regierungsform selbst bestimmen dürfen. Besonders wird hier das Recht auf Souveränität und Selbstregierung der gewaltsam unterdrückten Völker genannt. Churchill hat hierzu später im Unterhaus einen Kommentar gegeben. Dieser Punkt beziehe sich »vor allem auf die Wiederherstellung der Selbstverwaltung und des nationalen Lebens der Staaten und Nationen in Europa, die jetzt unter dem Nazi-Joch schmachten«. Die Randstaaten erwähnte er nicht. Er hat sie inzwischen an Sowjetrußland preisgegeben. Auch die Slowaken und Kroaten sollen ihre junge Souveränität nicht behalten. Unklar bleibt, wie es mit Siebenbürgen, mit Bessarabien usw. werden soll. Für die englische Regierung fügt Churchill vorsichtshalber hinzu, Punkt 3 sei nicht anwendbar auf Indien, Burma und andere Teile des Britischen Empire.

Punkt 4: Unter gebührender Rücksicht auf ihre bestehenden Verpflichtungen wollen England und Amerika Zugang zum Handel und zu den Rohstoffen der Welt allen Staaten, auch den Besiegten, unter gleichen Bedingungen eröffnen, soweit dies für ihre wirtschaftliche Wohlfahrt nötig ist. — Zunächst springt hier in die Augen die Rücksicht auf die bestehenden Verpflichtungen, z. B. also das Ottawa-System. Sodann ist von wirtschaftlicher Wohlfahrt die Rede. Damit soll zweifellos der Zugang zu den kriegswirtschaftlichen Stoffen und Artikeln für die besiegten Staaten unter die Kontrolle der Sieger kommen, wie überhaupt Punkt 4 eine internationale Planwirtschaft ankündigt und zwar unter der englisch-amerikanischen Aufsicht. Punkt 4 enthält somit auch einen versteckten Hinweis an Japan mit seinem Führungsanspruch in Ostasien.

Im übrigen bedeutet der in Punkt 4 versprochene freie Zugang zur Ware noch lange nicht den Besitz der Ware.

Da nun den Autoren der Egoismus im Punkt 4 wohl doch zu durchsichtig war, haben sie zur Verschleierung in Punkt 5 als Zweck der ökonomischen Zusammenarbeit bessere Lebenshaltung, wirtschaftlichen Fortschritt und soziale Sicherheit hingestellt. Der Weg zu diesem Ziel bleibt dunkel.

Punkt 6 besagt, daß nach endgültiger Vernichtung der Nazi-Tyrannie ein Friede der allgemeinen Sicherheit ohne Furcht und ohne Not kommen werde. — Dieser Punkt ist, wie Churchill ihn acht Tage

später auslegte, eine gemeinsame Verpflichtung des Präsidenten von Amerika und des englischen Vertreters, den Nazismus zu vernichten, sowie gemeinsam den Frieden zu gestalten.

Man könnte eine Inkonsequenz darin sehen, daß Punkt 3 jedem Land die freie Bestimmung seiner Regierungsform überläßt, während hier von der Vernichtung des Nazismus die Rede ist. Der Widerspruch löst sich jedoch später auf. In Punkt 8 sehen wir, daß die »Nazi-Tyrannie« eine Umschreibung für die totalitären Staaten ist, die vernichtet werden sollen. Sind sie vernichtet, dann stellt sich in britischen Augen für diese Staaten das Problem der Regierungsform nicht mehr.

Punkt 7: Der gedachte Friede soll jedermann instand setzen, die hohe See und die Ozeane ungehindert zu befahren. — Es hätte ja Wunder nehmen müssen, wenn nicht auch dieses Mal aus dem alten Inventar der Vereinigten Staaten die »Freiheit der Meere« herangezogen worden wäre. Man kann sich einen amerikanischen Präsidenten ohne dieses efeu-umrankte Losungswort nicht recht vorstellen. Was heißt es in der neuesten Form? Jedermann soll die See ungehindert befahren können. Im Frieden war das ja sozusagen stets der Fall. Also hat es nur Sinn für den Krieg. Im Krieg aber soll jedermann die See frei befahren — sagen Roosevelt und Churchill —, die doch gerade jetzt aus der Seefahrt im Kriege ein von ihnen ganz einseitig verwaltetes Monopol machen?

Was ist denn die Freiheit der Meere? In Wirklichkeit war früher damit etwas sehr Reales gemeint, nämlich die ungehinderte Schifffahrt der Neutralen im Kriege, d. h. eine Durchbrechung der Seeherrschaft des Stärksten zu Gunsten des Schwächeren. Letzten Endes ist sie gleichbedeutend mit Abschaffung des Seebeute-, Blockade- und Bannwarenrechts. Sie war die Kampfparole der Amerikaner gegen die Engländer, solange England zur See überlegen und Amerika noch sozusagen auf dem Pfade der Tugend war. Sie war der Kampfruf eines abseits stehenden Amerika, das den internationalen Konflikten möglichst aus dem Wege gehen und dabei seine Geschäfte machen wollte.

Heute hat Amerika sich mit England zusammengetan. Amerika beteiligt sich daran, den Seeverkehr zu monopolisieren, die freie Seefahrt im Krieg also nach bestem Können zu behindern.

Auf diese neue Freiheit der Meere fällt nun ein helles Licht in

Punkt 8: Dieser ist der verständlichste und wohl auch der ehrlichste der 8 Punkte.

Alle Nationen sollen auf die Anwendung von Gewalt verzichten. Solange bewaffnete Nationen mit Angriffen über ihre Grenzen hinweg drohen oder drohen könnten, würde es doch keinen Frieden geben. Die Entwaffnung solcher — d. h. also angriffslustiger — Nationen sei nötig, solange kein allgemeines und dauerhaftes System der Sicherheit bestehe. Sonstige praktische Maßnahmen, um friedliebenden Nationen die

Rüstungsbürde zu erleichtern, sollen begünstigt werden. — In eine einfachere Sprache übertragen heißt das: Deutschland und Italien rüsten völlig ab. Da diese die Angreifernationen sind (ob Japan dazu gehört, bleibt offen), ist nach ihrer Abrüstung der Friede gesichert. Ein anderes System der Sicherheit ist noch nicht gefunden. England und Amerika treten daher für alle ein. Die kleineren Staaten können sich ihre Rüstungsausgaben sparen. Die Ordnung wird von der angelsächsischen Weltpolizei gewährleistet. Diese ist Hüterin des status quo.

Einzelne offizielle und namentlich zahlreiche inoffizielle Kommentare verweisen darauf, daß im Punkt 8 die Fehler von Versailles vermieden wurden. Was wurde vermieden? Den Besiegten, so wie damals, Versprechungen und damit Stoff zur Propaganda in die Hand zu spielen. Es ist ja wahr, daß der Vertrag von Versailles trotz seiner Brutalität gerade in der Präambel zum Abschnitt über die Abrüstung Deutschland ein Instrument in die Hand gab, das die Alliierten später oft geniert hat. In diesem Punkt 8 ist nun von einer Revision des neuen einseitigen Rüstungs- und Polizeisystems keine Rede mehr. Nicht nur die Waffen umfaßt der Plan der Abrüstung der Besiegten, sondern offenbar auch das Kriegspotential.

Man muß anerkennen, daß dieser Punkt 8 der Atlantik-Erklärung eine frische Brise atmet. Da bleibt kein Nebelschleier vor den absoluten Machtgelüsten der beiden Unterzeichner. Weder den zu besiegenden Achsenmächten, noch auch den übrigen Staaten wird vorgespiegelt, daß sie jetzt oder künftig militärisch wieder etwas zu sagen haben sollen. Der Friede kann gegen den Willen der angelsächsischen Polizeimacht nicht mehr gebrochen werden. Daher Schluß mit dem Krieg und somit »Freiheit der Meere«.

Die Analyse der Atlantik-Erklärung wäre noch einfacher, wenn man Genaueres über ihre Entstehung wüßte. In manchen Meldungen wird die Initiative zu den 8 Punkten Roosevelt zugeschrieben. Diese Annahme ist plausibel. Man kann sich überhaupt schwer einen amerikanischen Präsidenten vorstellen, der von einer solchen Begegnung ohne »Punkte« nach Hause kommt. Mußte aber etwas erklärt werden, dann wird Churchill, der ja bis dahin solchen Kriegszielformeln ausgewichen war, gern den Moment genutzt haben, um Roosevelt auf seine Ziele festzulegen. Er hatte wohl auch Grund dazu. Was über das englisch-amerikanische Verhältnis verlautet, spricht nicht nur von Eintracht zwischen beiden Parteien. Wenn man schon einig ist, macht man keine Konferenzen, vor allem nicht so mühsame wie diese. Soviel bekannt, stand sie unter dem Motto: Wenn England nicht erlahmen soll, muß Amerika mehr und schneller helfen. Die amerikanische Politik hat ja einen doppelten Boden. Amerika führt von der materiellen und politischen Substanz Englands täglich ein Stück in seinen eigenen Besitz

über. Man kann es daher so ausdrücken: England wünscht den Krieg zu gewinnen, aber schnell. Amerika wünscht, daß England den Krieg gewinne, aber langsam. Es lag also nahe, daß England in der Atlantik-Konferenz die amerikanische Politik zu beleben suchte. Neu dabei war, daß ein Kriegführender und ein formal Neutraler gemeinsam Kriegsziele aufstellen und diese öffentlich verkünden.

Es lohnt sich, die 8 Punkte mit den uns allen von früher her geläufigen 14 Punkten Wilson's kurz zu vergleichen. Roosevelt ist Realist. Wilson war Professor, d. h. Bekenner. Er bekannte sich in einer großen Anzahl seiner Punkte zu einer bestimmten Lösung der Territorialprobleme. In manchen anderen bekannte er sich zu gewissen Ideologien: zur Freiheit der Meere alter Art, zur allgemeinen Abrüstung auf das niedrigste mit der inneren Sicherheit vereinbare Maß und zum Völkerbund mit seinem Artikel 19, dem Revisionsartikel. Roosevelt-Churchill ihrerseits vermeiden Territorialprobleme, sie stellen die Seefahrt unter ihre alleinige Kontrolle, die Abrüstung soll einseitig sein. Ein internationales System der Sicherheit sei bis heute nicht entdeckt. Von Revision ist keine Rede.

Roosevelt und Churchill wollten nun aber mit ihren Thesen nicht allein dastehen. Sie suchten Zuzug.

Bald nach der Atlantik-Erklärung hat die angelsächsische Propaganda sich etwas darauf zugute getan, daß die 8 Punkte mit den sogenannten 5 Punkten der Kurie übereinstimmen. Es handelt sich da um die Weihnachtsansprache des Papstes Pius XII. In dieser sind die mehr moral-philosophischen Teile allenfalls im Sinne unserer Gegner auszulegen, die mehr praktischen Sätze, die Hinweise auf die allgemeine wirtschaftliche und soziale Wohlfahrt aber sicher nicht. Überhaupt hat sich die Kurie in diesem Krieg viel mehr zurückgehalten als im Weltkrieg, wo bekanntlich im Sommer 1917 Benedict XV. politisch sehr entschieden Stellung genommen hat.

Die 8 Punkte der Atlantik-Erklärung, prägnant nur gegen die Achsenmächte, verschwommen aber, wo es sich um die übrigen Staaten handelt, haben eine gute Aufnahme fast überall da gefunden, wo man auf die Niederlage der Achse, vor allem Deutschlands, hofft.

Man kann ganz absehen von der Claque, zu welcher verschiedene mittel-amerikanische Staaten gepreßt wurden. Die meisten Südamerikaner hielten sogar gemessenen Abstand.

Zu beachten ist aber folgendes: Schon vor dem Ausbruch des russischen Krieges, am 22. Juni 1941, hatte einmal eine formlose Zusammenkunft der britischen und der alliierten Emigranten-Regierungen stattgefunden. Man beschloß damals in allgemeinen Wendungen den gemeinsamen Kampf bis zum Sieg und für später die freiwillige Zusammenarbeit aller freien Völker. Nunmehr, in der vorletzten Septemberwoche,

ist diese Gruppe unter Eden im St. James-Palast wieder zusammengetreten. Vertreten waren dabei die Britische Regierung, die Kolonien und Dominien, die Emigranten-Regierungen von Belgien, Tschechoslowakei, de Gaulle-Frankreich, Griechenland, Jugoslawien, Polen, Norwegen, Holland, Luxemburg und diesmal nun auch Sowjet-Rußland: Eine Keimzelle für Kollektivbeschlüsse gegen die Achse. Diese sogenannte interalliierte Konferenz hat sich in einer Resolution hinter die Roosevelt-Churchill-Erklärung gestellt. Wenn die veröffentlichten Nachrichten stimmen, hat sie das sogar »feierlich und rückhaltlos« getan. Unklar scheint dabei, ob sie den 8 Punkten nur ihre Billigung ausspricht, also nur applaudiert, oder ob sie die 8 Punkte sich zu eigen macht. Es wäre eine Frage für Juristen, ob z. B. Rußland, Polen und Tschechoslowaken Punkt 1 und 2 — die Territorialpunkte der Atlantik-Erklärung — auf sich nehmen, d. h. sich auf den Territorial-status-quo ante bellum verpflichten oder nicht. Für den Politiker ist das letztere selbstverständlich. Tatsächlich haben die Polen und die Tschechen Vorbehalte, die Russen sogar Einwände gemacht. Es versteht sich von selbst, daß in dieser Konferenz nicht alles ein Herz und eine Seele ist. Immerhin, die Vereinigten Staaten haben den Anspruch angemeldet, über die Arbeiten der Konferenz, an der sie bisher nicht teilnehmen, auf dem Laufenden gehalten und befragt zu werden. In Washington hält man die Konferenz also für beachtlich.

Sie befaßt sich auch bereits mit der Frage der Verteilung von Lebensmitteln und Rohstoffen nach dem Kriege und zwar in einer permanenten Unterkommission. Das Ganze hat Ähnlichkeit mit den uns aus dem Weltkrieg geläufigen ersten organisatorischen Ansätzen zum Völkerbund.

Neben der interalliierten Konferenz gibt es noch weitere Bindungen und Gruppen, die mit den gegnerischen Kriegszielen zu tun haben. Sie sind hier nicht ganz beiseite zu lassen.

An der Spitze steht da die polnisch-tschechische Erklärung vom 11. November 1940. Die beiden Emigranten-Regierungen beschließen, nach dem Kriege als unabhängige und souveräne Staaten eine engere politische und wirtschaftliche Gemeinschaft einzugehen. Diese soll die Grundlage einer neuen Ordnung in Mitteleuropa bilden. Es sei zu hoffen, daß dieser Zusammenarbeit noch andere Länder in jenem Teil Europas beitreten werden.

Herr Sikorski, der Chef der polnischen Scheinregierung, hat diese Erklärung später mehrfach öffentlich erläutert. Er wünsche sich verschiedene Staatenblocks in einem föderativen Europa. Keiner der Blocks solle imstande sein, eine Oberherrschaft in Europa auszuüben. Im mitteleuropäischen Block, d. h. also polnisch-tschechoslowakischen, solle Polen die führende Rolle spielen. Sikorski wünscht eine Verbesse-

zung der Grenze Polens gegen Deutschland. Er deutet an, daß Polen Teile von Pommern, Posen und Ostpreußen erhalten müsse.

Ferner haben die Polen nach Ausbruch des russischen Krieges versucht, den Russen territorial etwas abzuhandeln. Das Ergebnis war eine polnisch-sowjetische Vereinbarung vom 30. Juli 1941. In dieser erkennt die Sowjetunion an, daß die sowjetisch-deutschen Verträge von 1939 hinsichtlich der territorialen Veränderung in Polen ihre Gültigkeit verloren haben. Die Sowjetunion anerkennt also nicht etwa die alte polnische Ostgrenze.

Die tschechoslowakische Scheinregierung ist nach langem Werben schließlich im Sommer ds. Js. von England und dann auch von Rußland anerkannt worden. Nach einer Benesch-Erklärung vom 18. Juli 1941 bedeuten diese Akte die Anerkennung des status quo ante München, d. h. die Tschechoslowakische Republik soll das Sudetenland und die Slowakei, diese unter gewisser Revision ihrer Grenzen gegen Ungarn, umfassen.

Welche Rolle Rußland nach britischer Auffassung im künftigen Europa zu spielen hat, dafür gibt es wenig Quellen. Man hört durchaus glaubwürdig, in England sähe man am liebsten, wenn Sowjetrußland und Hitler-Deutschland sich gegenseitig auffräßen. Ein »Times«-Leitartikel vom 1. August 1941 sagt dagegen, die Führung in Osteuropa müsse Rußland zufallen. Dieser Artikel wurde seinerzeit viel beachtet und hat sogar noch ein Nachspiel in der Türkei gehabt. Die jüngste Dreimächte-Konferenz in Moskau hat Aufschlüsse über das den Russen zgedachte Schicksal nicht gebracht.

Was Frankreich angeht, so existiert ein Schriftwechsel vom 1. Juli 1940 zwischen der Britischen Regierung und General de Gaulle. Churchill erklärt darin seine Entschlossenheit, die vollständige Wiederherstellung der Unabhängigkeit und Größe Frankreichs sicherzustellen, also eine etwas vage Formel.

Die Formel hat indessen Schule gemacht. Am 26. September 1941 hat der sowjetrussische Botschafter Maisky im Namen seiner Regierung dem Führer der Freien Französischen Bewegung gleichfalls den festen Entschluß mitgeteilt, nach Erringung des Sieges über den gemeinsamen Feind die Unabhängigkeit und Größe Frankreichs wiederherzustellen und zu sichern.

Schließlich ist noch zu erwähnen, daß von der norwegischen Emigranten-Regierung mehrfach geäußert worden ist, daß Norwegen und der nordische Staatenblock künftig enger mit den angelsächsischen Nationen zusammenarbeiten müßten. Was der norwegische Minister Lie im Juni 1941 hierüber sagt, muß verstanden werden als die Preisgabe des Neutralitätsgedankens für die Zukunft.

Die Aufzählung mag nicht vollständig sein. Wenn man sich aber schon mit den gegnerischen Kriegszielen befaßt und nicht nur mit den eigenen, dann ist das Material doch interessant genug.

Natürlich fußen die Kriegsziele Englands und seiner Trabanten auf einem englischen Sieg. Wer den Krieg selbst erklärt, muß annehmen, daß er ihn gewinnt. Er wird also in seinen Kriegszielen davon ausgehen, daß er diese durchsetzen kann. Soll man nun diese englischen Kriegsziele für bare Münze nehmen? Veröffentlichte Kriegsziele sind ja vor allem ein Kriegsmittel, eine Waffe. Sie sollen im eigenen Lager Mut machen. Sie sollen Neutrale anlocken. Den Gegner sollen sie entmutigen. Einige Skepsis ist also wohl am Platze.

Andererseits dürfen öffentliche Kriegszielerklärungen sich nicht allzuweit von der wirklichen Absicht entfernen, denn sie legen die öffentliche Meinung und die Regierungen fest. Die Regierungen müssen sich selbst desavouieren, wenn sie Frieden haben wollen und doch diesen Frieden ohne Preisgabe ihrer extravaganten Ziele nicht bekommen können. D. h. die Atlantik-Erklärung ist doch eine Realität, mindestens als Instrument der Kriegsverlängerung.

Man mache sich nun noch einen Augenblick von dem vorstehenden Material mit allen seinen Fehlerquellen frei. Welches würden denn nach dem, was vorangegangen ist, die Kriegsziele unserer Gegner sein, vorausgesetzt, daß sie diese frei bestimmen könnten?

Sehen wir davon ab, im einzelnen uns auszumalen, wie die dann entfesselten Raubtier-Instinkte sich zwischen den Alliierten selbst und besonders gegen die Achsenmächte austoben würden. In der zwischenstaatlichen Ebene sind die völkerbeglückenden Halbwahrheiten gegenwärtig aus der Mode. Sie würden reinen Machtgesetzen weichen, wenn die Macht unserer Gegner freie Bahn bekäme. Wie würde England handeln? Man kann sich schwer vorstellen, daß die Phrasen von allgemeiner Abrüstung bis auf das Maß der Sicherheit im Innern noch verfangen. Man kann kaum annehmen, daß ein Gebilde ähnlich dem Völkerbund mit fiktiver Gleichberechtigung der Staaten und mit einem liberum veto aller aufzurichten wäre. An der Verschleierung der Kolonialgewalt durch den Mandatstitel hat man in England den Geschmack verloren. Daß der internationale Minoritätenschutz eine trügerische Hoffnung war, das weiß jetzt jeder. Die Veränderung bestehender vitaler Vertragsverhältnisse auf friedlichem Wege durch einen Revisionsartikel hat versagt. Kaum daß man noch so recht an eine von den Streitparteien anerkannte und gewünschte internationale Schiedsgerichtsbarkeit glauben mag. Der Vorgang von München im Herbst 1938 ist kein übertragbares Simile.

Ein siegreiches England würde also schwerlich anders handeln als im Punkt 8 der Atlantik-Erklärung vorgesehen. Das Spiel, das dann

begänne, wäre verschoben auf den Machtstreit der Alliierten unter sich. Man könnte sich gefaßt machen auf eine heute noch überdeckte, später jedoch offene Rivalität zwischen England und Amerika. Rußland würde, besonders mit seinem Drang nach Süden an die warmen Meere, auf den energischen Widerstand seiner britischen Freunde stoßen. Japans beste Tage wären gezählt. Italien würde kaum ein Schattendasein noch vergönnt. Europa aber, bedürftig nach einer neuen Ordnung, würde das Objekt künstlicher Experimente. England kann, schon rein geographisch, sich nicht zum Ordner und Hüter eines neuen geeinten Europa machen. Diese Versuche würden in schmerzlichen Konvulsionen untergehen.

Vor einem Irrtum muß man sich aber besonders hüten, nämlich vor dem Glauben an das alte Schema vom Gleichgewicht der Kräfte, das England gestattete, als Zünglein an der Wage Europas zu regieren. Wir müssen vielmehr annehmen, daß ein siegreiches England auf dieses Schema verzichten und schonungslos mit uns verfahren würde, sobald es dazu imstande wäre. Würden wir den Griff von Englands Gurgel vorzeitig lösen, dann wäre es um uns geschehen. Dann hieße es nicht mehr: Vernichtung von Hitler-Deutschland, sondern von Deutschland überhaupt.

Das andere ist ebenso klar: England hat für Europa keine schöpferische Idee hervorgebracht. Da ist es gedankenarm und für uns keine Konkurrenz. Das Feld ist frei, England einen konstruktiven Plan für Europa entgegenzusetzen.